

Christiane Bender

Verantwortung in Zeiten der Pandemie¹

Neues (altes) Führungsverhalten

Eltern, deren Nachwuchs in dem langen Prozess des Erwachsenwerdens scheinbar „alles über Bord“ geworfen hat, was sie ihm an Umgangsformen mitgeben wollten, stellen oftmals nach Jahren überraschend fest, dass ihre gute Erziehung Früchte trägt. Nach biografischen Experimenten, kleinen und größeren, manchmal schmerzhaften Katastrophen und schließlich zunehmender Reife gehören Verhaltensregeln, die einst Tag für Tag eingeübt wurden, weil Eltern darauf bestanden, als sie dazu noch über genügend Autorität verfügten, wieder zum selbstverständlichen Repertoire der erwachsen gewordenen „Kinder“. Diese Erfahrung trifft auch für die Geschichte von Gesellschaften und Staaten zu. Sie finden zurück zu sich nach vorne, zu dem was sie gelernt haben und was ihnen hilft zu überleben.

Seit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie ist in Deutschland ein konstruktives Zusammenwirken zwischen Regierung, den Repräsentanten der vielen Organisationen von Bürgerinteressen (Parteien, Verbände, Vereine, Kirchen) und der Bevölkerung zu beobachten. Die „alte“ führungsstarke Konsensgesellschaft nimmt die Herausforderung an. Mit einem Schlag ist die Fähigkeit wieder da, Wesentliches vom Unwesentlichen zu trennen und über die Geltung dieser Unterscheidung keine endlos erscheinenden Debatten zu führen. Endlich ist auch die Kraft der Politik zu einer Prioritätenliste wieder vorhanden: zuerst die wichtigen und für alles Weitere erforderlichen Dinge in Angriff zu nehmen (first things first) und dabei nach den Gesetzen der Logik vorzugehen.²

¹ Dieser Text ist im April 2020 während des „Lockdowns“ (Maßnahmen zum Schutz vor der Covid-19-Pandemie) entstanden. Er beleuchtet den Wiedergewinn des Vertrauens großer Teile der Bevölkerung in Autorität und Führung in Deutschland, welches in den Jahren zuvor verspielt wurde. Dieser Vertrauensverlust war die Folge einer „Krise der Führungskultur“ hierzulande und eine zentrale Ursache für die Stärkung der politischen Ränder.

² Nachdem die Pandemie ins Bewusstsein gerufen hat, wie rasch und unverschuldet Menschen sterben, ist zu hoffen, dass Politiker sich künftig wieder auf die wesentliche Aufgabe besinnen, das Gemeinwesen (res publica) für Bürger

Die Führungskrisen, mit der die beiden großen Volksparteien das Land monatelang malträtierten, spielen plötzlich keine Rolle mehr. Die Regierung gibt zeitnah und überzeugend eine politische Linie vor und setzt nie gekannte Einschnitte im Alltag von Bürgern und Bürgerinnen durch. Niemals zuvor hat die in Deutschland aufgewachsene jüngere Bevölkerung bewusst eine vergleichbar räumlich und zeitlich umfassende Bedrohung des eigenen Wohlseins erlebt. Die Erfahrungen mit den beiden Weltkriegen und mit den Folgen, Hunger, Kälte, Inflation, Vertreibung und Entbehrungen, mit der innerdeutschen Grenze, die mitten durch Deutschland verlief - fast vierzig Jahre als alltägliche Bedrohung von Frieden und Freiheit -, sind dennoch tief im kollektiven Gedächtnis der Deutschen eingraviert. Sie werden in Erzählungen von Familien weitergegeben und prägen die Gesellschaftsgeschichte des Landes. Später, nach dem Krieg und nach der Wiedervereinigung geborene Generationen erlebten zwar immer wieder beängstigende Krisen und Ereignisse, aber das politische Krisenmanagement funktionierte letztlich erfolgreich.³ Die jüngeren Generationen gewöhnten sich daran, dass der vorstellbar schlimmste Fall (Worst Case) nicht eintreten würde. Zuletzt gelang es, die globale Finanzmarktkrise und dann Eurokrise zu bewältigen, ohne die gewaltigen sozioökonomischen Tiefschläge zu erleiden, die angelsächsische und südeuropäische Länder zu erleiden hatten.

Im gelingenden Zusammenspiel zwischen Politik und Gesellschaft - der Fähigkeit der Politik, angemessen auf die Bedrohungslage zu reagieren, und dem Verhalten

und Bürgerinnen zukunftsfest zu machen, und sich nicht von jedem empörungsgetriebenen Zuruf davon abbringen lassen. Es ist selbstverständlich, dass in einer hochgradig differenzierten Gesellschaft wie Deutschland jeder Bürger und jede Bürgerin eine eigensinnige Perspektive zu jedem Problem einnehmen können, aber eine Regierung muss der Bevölkerung klar stellen, was vorrangig für alle Bürger und Bürgerinnen im Interesse des Landes liegt und als solches primär die politische Agenda anführen muss. Trivial, aber vergessen.

³ Für Hamburger ist Helmut Schmidt der Prototyp des vertrauenswürdigen Krisenmanagers der Bundesrepublik, der während der Sturmflut 1962 in seiner Funktion als Zweiter Bürgermeister beherzt die Bundeswehr zur Evakuierung der betroffenen Bevölkerung nutzte. Auch als Kanzler bekam er mit seiner Politik der Härte gegen den RAF-Linksterrorismus große Zustimmung in der Bevölkerung. Zudem wurde bekannt, dass Helmut Schmidt und seine Frau vereinbarten, im Fall ihrer Entführung, „auf nichts einzugehen, das den Staat korrumpieren würde“, zitiert Gunter Hofmann Loki Schmidt in seiner Biografie „Helmut Schmidt. Soldat, Kanzler, Ikone“, München 2015, S. 435. Auch der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder hat sich durch sein Engagement in einer Krise hervorgetan: Als er im Jahr 2002 in den letzten Monaten seiner ersten Amtsperiode die Wiederwahl zu verlieren drohte, überzeugte die Wähler sein engagiertes Krisenmanagement („Leadership in Gummistiefeln“) gegen das Hochwasser der Elbe, ihn erneut ins Kanzleramt zu wählen.

der Bevölkerung, sukzessive den Anordnungen ihrer Volksvertreter Gefolgschaft zu leisten - zeigt sich nun ein ähnliches Vertrauensverhältnis, wie es schon mehrfach in der Nachkriegsgeschichte erfolgreich wirksam wurde. Die erfolgreiche Krisenabwendungspolitik des Trios Merkel/Steinbrück/Scholz in der globalen Finanzkrise von 2008 erinnern noch die meisten. Das Erfolgsrezept hieß damals: Verantwortung erkennbar übernehmen, Zuständigkeit durch vernünftige Maßnahmen einlösen, durch Kommunikation Vertrauen in der Bevölkerung schaffen. Die Politik greift auch diesmal auf Lehren aus vergangenen Belastungen zurück. Diese Lehren veranlassen das Führungspersonal in den Medien, in Unternehmen, in Verbänden und in den an der Sozialisation der nächsten Generationen beteiligten Einrichtungen, verantwortungsvoll die allgemeine Richtschnur zur Sicherheit des anvertrauten Personals umzusetzen. Keiner will (weit) aus der Reihe tanzen.

Vielen Menschen wird ein soziologischer Allgemeinplatz bewusst: Das Verhalten des Einzelnen wird durch das Verhalten der Gemeinschaft geprägt und wirkt auf die Gemeinschaft zurück.⁴ In einer modernen Gesellschaft ist verantwortungsvolles Handeln gegenüber anderen Menschen ein Resultat von Selbstverantwortung, und Selbstverantwortung zeigt sich in der Verantwortung des Einzelnen gegenüber anderen.⁵ Verantwortung und Selbstverantwortung lassen sich also nicht voneinander trennen. Aber Maß und Reichweite der Verantwortung, die jemand wahrnehmen kann, unterscheiden sich dennoch erheblich. Die Tanzenden in einer Reihe zu halten, setzt Führung voraus - Führung, die erkennbar und nachvollziehbar für die Geführten sein muss. Zu führen sind nun die Spitzen-

⁴ Für die Analyse des Verlaufs von Pandemien lassen sich oftmals wenige Individuen identifizieren, deren Verhalten zur Übertragung an größere Populationen führen. Die „Übertragungswege“ von Ideen im Sozialen, die zu neuen Verhaltensweisen führen, lassen sich dagegen viel schwieriger rekonstruieren, aber auch dabei können in der Analyse von Familien, von kleineren und größeren Gemeinschaften Personen und die von ihnen ausgehenden Einflusskanäle nachgezeichnet werden, falls dazu Daten vorhanden sind.

⁵ Die Bedeutung der Selbstverantwortung für die Verantwortung gegenüber anderen Menschen macht die Ansage der Stewardess beim Abflug deutlich: Sie fordert auf, im Notfall erst sich selbst (Weste anlegen etc.) abzusichern und dann den Schwächeren zu helfen. Das ist auch logisch: Der Schwächere bedarf des Stärkeren zur Hilfe, wenn der Stärkere sich nicht selbst hilft, seine Stärke zu erhalten, wird er zum Schwächeren und ist auf die Hilfe eines Stärkeren angewiesen, der sonst Anderen hätte helfen können. Gefühlsmäßig und scheinbar moralisch würde man gern anders handeln, aber es wäre unlogisch und nicht hilfreich und kann damit auch nicht moralisch konsistent gefordert werden.

politiker aufgerufen. Ihnen wurde, als Resultat von Bundestags- und Landtagswahlen, die Macht von Regierungsämtern verliehen. Sie repräsentieren Deutschland und tragen die Verantwortung dafür, die Bevölkerung aus der Krise zu führen.

Die Zustimmung der Bevölkerung, den Anordnungen der Regierungen des Bundes und der Länder Folge zu leisten, ist derzeit groß. Einsicht und Furcht vor Ansteckung gehen hierbei zusammen. Viele, die allermeisten, hoffen, durch die geforderten Verhaltensänderungen zu einer Wende der Not beizutragen und sind klaglos bereit, sich zu fügen oder sogar rigidere Maßnahmen in Kauf zu nehmen (vgl. ZDF-Polit-Barometer vom 20.3.2020). Der Fokus der Öffentlichkeit richtet sich dabei auf Politiker, die Sachverstand und Mut, Verantwortungsgefühl und Augenmaß ausstrahlen, vor allem auf die Inhaber von herausgehobenen Positionen (Zuständigkeiten), auf die Regierungen im Bund und in den Ländern (Stunde der Exekutive), die aufgrund ihres Amtes über die Macht und Autorität verfügen, Entscheidungen und Anordnungen für ein effizientes Krisenmanagement zu treffen und die davon Gebrauch machen.⁶ Magnetisch stehen daher in erster Linie die Kanzlerin, ihre Minister und die Ministerpräsidenten der Länder im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die Unverbindlichkeit, die den Ratschlägen der Opposition anhaftet, lässt das allgemeine Interesse an ihnen sinken. In der Krise wird deutlich, wer letztlich die Verantwortung für die Ausrichtung der Politik trägt. Die von der Aufmerksamkeitsökonomie erzeugte Vorstellung, jeder, der mitredet und Gehör findet, regiert auch mit, hat sich im Nu aufgelöst.

Das heißt aber nicht, dass es nun autoritär zugeht. In einer so vielstimmigen und föderalen Vetodemokratie wie Deutschland gibt die Verfassung vor, dass die

⁶ Max Weber starb am 14. Juni 1920 an den Folgen einer Influenza-Pandemie. Leidenschaft (er meinte damit Hingabe an die Aufgabe), Augenmaß und Verantwortung kennzeichnen den modernen Politiker, den er sich im Revolutionswinter des Jahres 1919 für die Weimarer Demokratie wünschte, also keine Politiker, die ideologisch (in seinen Worten: gesinnungsethisch) und rücksichtslos gegen Folgen, die dann die Bürger verkraften müssen, ihr Amt wahrnehmen.

Sichtweisen von vielen politischen und gesellschaftlichen Akteuren, vor allem der Länder, der (ca. 400) Kreise, der kreisfreien Städte und der Kommunen, bei so weitreichenden Entscheidungen zu berücksichtigen sind.⁷ Die Experten des Krisenstabs haben ebenfalls eine gewichtige Stimme, und die Regierung wägt ihre Empfehlungen ab, aber sie trifft und verantwortet die Entscheidungen. Wer an der Macht ist, das wird jetzt spürbar, trägt die Verantwortung für die Politik, andere eben weitaus weniger. Die Bürger und Bürgerinnen bringen durch Wahlen ihre Macht zum Ausdruck, ob sie einverstanden waren, wie Politiker die ihnen in der Vergangenheit übertragene Verantwortung auf Zeit umgesetzt haben und welche Politik nun fortgesetzt werden soll. Diskutanten, die sich ohne politische Ämter öffentlich äußern, bewegen sich im grundrechtlich geschützten Freiraum der Meinungsäußerung und -bildung. Parteien sind die Organisationen der Bürger, die dazu da sind, deren Interessen durch gewählte Politiker möglichst wirkungsvoll, also in der Regierung, zu vertreten. Dafür werben sie im Wahlkampf. In Umfragen zeigt sich nun ein deutlicher Zustimmungsgewinn zu der Partei, die die Kanzlerin stellt (ZDF-Politbarometer vom 27.3.2020).⁸

In kurzer Zeit hat sich viel verändert: Nicht nur die konzentrierte Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf diejenigen Politiker, die Herrschaftspositionen innehaben und damit in Deutschland Macht und Verantwortung ausüben, hat zugenommen. Die Politiker achten neuerdings auch mehr darauf, die Bürger und Bürgerinnen unmittelbar anzusprechen und haben damit Erfolg. Die von vielen gehegte Empfindung, da „oben“ in Berlin rotiere eine selbstgefällige Klasse von Politikern und Medienleuten im eigenen Milieu, schwindet. Die Kanzlerin begnügt sich nicht mit ihren sonst üblichen Videobotschaften. In ihren Ansprachen kommen Verhältnisse und Verhaltensweisen vor, die alle betreffen. Berufsgruppen werden erwähnt, mit denen es jeder Einzelne in seinem Alltag zu tun hat, zu denen

⁷ Interessant ist, das allmähliche Umdenken von Moderatoren in den Medien zu beobachten, die zunächst den „Flickenteppich“ des Föderalismus verteufelten, um schließlich doch festzustellen, dass Föderalismus eine institutionalisierte Teilung der Macht im Staate darstellt, bürgernah und erfahrungsbezogen Politik zu betreiben.

⁸ Am meisten werden darüber die vielen Politikberater und -wissenschaftler verwundert sein, die in zahlreichen Talkshows das „Ende der Volksparteien“ verkündet haben.

unzählige Kontakte bestehen, über die aber in der Vergangenheit selten öffentlich nachgedacht wurde: Verkäuferinnen, Kassiererinnen, Lastwagenfahrer, Paketzusteller, Pflegekräfte, Krankenschwestern, Ordnungs- und Sicherheitsdienste. Sie versorgen täglich die Bevölkerung und bilden die Basis der Gesellschaft, zu der sich die Mehrheit der Menschen hierzulande zugehörig fühlt, und die wir alle so dringend alltäglich brauchen. Auch in Zukunft.⁹

Blick nach vorn, Blick zurück

Dennoch: Die Gefahren sind groß, dass sich im Laufe der Krise die Bevölkerung, die durch die gegenwärtige Politik ihrer Regierung zueinander gefunden hat, wieder verliert. Das Institut für Demoskopie in Allensbach hat in seiner März-Untersuchung eine ausgeprägte pessimistische Grundstimmung festgestellt, ob diesmal die Pandemie wirklich besiegt werde. Zwar hat die Regierung rasch gehandelt und ein großes Paket mit weitreichenden und vielfältigen Maßnahmen verabschiedet. Aber wird es ausreichen? Hinzu kommt die Frage: Kann während des Eintretens dieses Ernstfalls kompensiert werden, was an der Etablierung einer Infrastruktur der sozialen Sicherheit mit doppeltem Boden über lange Jahre vorher versäumt wurde? Schon in früheren Umfragen (Allensbach, November 2019) äußerten Befragte Gefühle der Unsicherheit. Die Meinungsforscherin Renate Köcher interpretierte damals die Äußerungen als Ausdruck einer „Erosion des Vertrauens“ in die Politik. Weiten Teilen der Bevölkerung in den Basisberufen war seit Langem sehr wohl bewusst, dass erhebliche Sicherheitslücken bestehen. Experten warnten ebenfalls vor Bedrohungen, auf die Deutschland nicht genügend vorbereitet sei.¹⁰ Gefühle der Unsicherheit wurden von den meisten

⁹ Die fehlende Repräsentanz dieser gesellschaftlichen Basis in dem gegenwärtigen Mammut-Parlament sollte den Parteien und Verbänden selbstkritisch zu denken geben, die sich vor allem auf die Fahnen schreiben, deren Interessen zu vertreten.

¹⁰ Die Bibliothek der Helmut-Schmidt-Universität veranstaltete im Herbsttrimester 2018 eine Veranstaltungsreihe zu „Katastrophen in Hamburg“. Die Vorträge waren mit Publikum aus der Stadt überfüllt. Besonders die Thematik des aktuellen Katastrophenschutzes stieß auf größtes Interesse. Die Lücken im Katastrophenschutz, die von den Experten anschaulich beschrieben wurden, entließen einen mit beklommenem Gefühl. Gegenstand war damals u.a. die geringe Sicherung der elektronischen Infrastruktur von Krankenhäusern sowie die Diskrepanz zwischen Notfallplänen und tatsächlich getroffener Vorsorge. Diese Diskrepanz zeigt sich nun.

Politikern in der Öffentlichkeit zur Seite geschoben. Typisch German Angst, weiter nichts. Jetzt erweist sich, wie berechtigt das Verlangen nach höherer sozialer Sicherheit war.¹¹

An einer der heikelsten Positionen der sozialen Sicherheit und der Daseinsfürsorge treten nun skandalöse Lücken in der Vorsorge und Versorgung auf: im Gesundheitssystem und in manchen Krankenhäusern. Es fehlt dort unter anderem an Schutzbekleidung, Mundschutzmasken, Desinfektionsmitteln und Belegbetten, sodass in einigen Einrichtungen der Schutz des dringend benötigten Ärzte- und Pflegepersonals gefährdet ist. Damit wird ein wichtiges Prinzip der Ethik von Selbst- und Fremdverantwortung verletzt, nämlich die Gewährleistung des Schutzes der Personen, die benötigt werden, Erkrankten zu helfen. Die Gefahr besteht, dass die Helfer selbst zu Hilfsbedürftigen werden, zu Patienten, die sich nun ihrerseits nicht mehr um andere Patienten kümmern dürfen. Skandalös ist ebenso: Der Vorrat beziehungsweise die rasche Nachproduktion und Lieferung von überlebenswichtigen medizinischen Produkten, Medikamenten und Impfstoffen sind nicht sichergestellt. Deutschland muss also darauf warten, dass China seine Produktion wieder anlaufen lässt! Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung ist demnach einer Unternehmenspolitik geopfert worden, die sich von ihrem Teil der Verantwortung für das Land, dem es ihre Gewinne in langen Phasen des Aufschwungs mit verdankt, verabschiedet hat.¹²

¹¹ In den Medien werden eher Themen behandelt, wie die Bürger Demokratie und Freiheit schützen können und dabei wird an alle appelliert. Doch Demokratie und Freiheit sind für die Bevölkerung da. Sie zu schützen und ihre Sicherheit zu gewährleisten, ist primär die Aufgabe staatlicher Organe und Einrichtungen. In prosperierenden gesellschaftlichen Phasen, von denen besonders die urbanen Milieus mit ihrem Lebensgefühl der Offenheit und Grenzenlosigkeit profitieren, gerät die Notwendigkeit, die Systeme der sozialen Sicherheit anzupassen, völlig aus dem Blick. Klagen werden über längere Zeit nur von Betroffenen geäußert, die kaum gehört werden und auch gegen die organisationsmächtigen Eliten keinen Zugang zu einflussreichen gesellschaftlichen Positionen finden. Die Organisationen dieser Bevölkerungsgruppen, die Mitarbeiter in den Sicherheitsorganen und die Opfer von Sicherheitslücken, haben über Jahrzehnte an Einfluss verloren. Auch diese Entwicklung ist für eine Konsenspolitik, die die Bevölkerung auch in nicht-privilegierten Arbeitsverhältnissen erreicht, nicht förderlich und stärkt Protestwählerverhalten.

¹² Dringend ist hier zu überprüfen, ob nicht EU-Richtlinien die Sicherstellung der Notfallversorgung der Bevölkerung in Deutschland erschweren. Der Gründer und Gesellschafter eines Beratungsunternehmens namens Joschka Fischer, ehemals Außenminister, fordert nun, was schon lange vorgeschlagen wird, um sich in guten Zeiten für die künftigen Herausforderungen, vor allem des demografischen Wandels, zu wappnen: „Der Staat wird sehr viel mehr zum

Deutlich wird nun, was für Betroffene und Angehörige schwer zu ertragen ist, ein Personalmangel in vielen Pflegeheimen, der den Anforderungen schon ohne Belastung durch besondere Krisen nicht gerecht wird.¹³ Personalmangel und Ausstattungsdefizite prägen seit Langem die Organisationen der inneren und äußeren Sicherheit (Feuerwehr, Polizei, Bundeswehr) – vor der Krise ein Gegenstand von Karikaturen.¹⁴ Nun ist die Lage zu ernst für Witze. Die Liste mit Versäumnissen der Politik betrifft den gesamten Bereich der sozialen Sicherheit und Daseinsfürsorge.

Nach dem Ende der Pandemie wird Deutschland hoffentlich aus Erfahrungen des Verlaufs der Krise Schlüsse ziehen, die es in politische Weichenstellungen umsetzt. Dazu gehört in erster Linie anzuerkennen, dass das Bedürfnis der Bevölkerung nach Sicherheit nicht Ausdruck einer sonderbaren German Angst ist, sondern ein elementares Interesse am Erhalt der Basis dieser Gesellschaft, ihrer Funktionsfähigkeit und ihres Zusammenhalts. Auch wenn es verständlich ist, dass die jetzige Generation von Politikern vom Bewusstsein der großen Erfolge in der deutschen Geschichte geprägt ist - ich denke an das Erringen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, einer stabilen rechtsstaatlich verankerten Demokratie, die Vielfalt und Vitalität der Zivilgesellschaft, die schrittweise erreichte europäische Integration und, last but not least: die Wiedereinigung Deutschlands - ist die Gefahr groß, dass sie weiterhin die Zeichen der Zeit verkennt, der sozialen Sicherheit der Bevölkerung Priorität einzuräumen. Daher ist zu wünschen, dass nach der Krise eine (neue) Generation von Politikern auf

steuernden Vorsorgestaat werden. Der Anteil des Staates wird wachsen und sollte nach dem Ende der Krise wieder zurückgeführt werden, am besten indem man allfällige Reprivatisierungserlöse in einen Staatsfonds überführt und so die Allgemeinheit beteiligt.“ (FAZ, 31. März 2020, S. 8) Lernfähig zu sein, heißt das Wesentliche zu erkennen, und in Bezug auf soziale Sicherheit lässt sich von kleineren Ländern wie Norwegen, Schweden, Österreich und der Schweiz viel lernen.

¹³ Die Situation der Pflege in Deutschland ist äußerst kritisch: „Einen großen Teil der Pflege übernehmen direkte Bezugspersonen – oft Rentner, die selbst ein erhöhtes Risiko im Falle einer Ansteckung tragen,“ heißt es in der „Grafik des Tages“ im Handelsblatt, den 26. Mai 2020, Nr. 100, S. 24f. Danach werden nur 14,8 Prozent der Pflegebedürftigen von ausgebildetem Personal betreut.

¹⁴ Einen guten Überblick über die „Personalmisere der Bundeswehr“, die jetzt in der Pandemie trotzdem vielerorts Amtshilfe leistet, gibt Peter Carstens (FAZ, 12. März 2020, S. 4). Er vergisst auch nicht, deren ineffiziente Bürokratie zu erwähnen.

demokratisch legitimierte Weise die Chance ergreift, einflussreiche Ämter im verantwortungsethischen Sinne Max Webers zu übernehmen. Wie sagte doch einst unser ehemaliger Innenminister Otto Schily so treffend: Freiheit und Sicherheit sind keine Gegensätze in Deutschland.¹⁵

1. Nach der Krise? Was bleibt?

Merkwürdige Diskurse

Noch sind Ausbreitung des Virus und Bedrohung von Gesundheit und Leben nicht eingedämmt, da werden schon in den Medien Lehren gezogen. Manche sprechen davon, die Bevölkerung hätte durch die Pandemie gelernt, solidarisch zu handeln. Dabei wird die Pandemie, deren schlimme Folgen in Tod, Erkrankung und Angst bestehen, zu einem wohltuenden Lehrmeister verklärt. Außerdem scheint schon vergessen zu sein, dass die Bevölkerung im Zuge der unvorhergesehenen Ankunft von Flüchtlingen in den Jahren 2015/16 mit einer spontanen Verstärkung ihres ohnehin hohen ehrenamtlichen, auf der Solidarität mit den Flüchtlingen beruhenden Engagements und einer Willkommenskultur reagiert hat, unterstützt von vielen freien Trägern, Vereinen, Verbänden und Bürgerinitiativen.

Besorgte Zeitgenossen sehen in Deutschland eine Bevölkerung, die dem Abbau der Säulen der liberalen Demokratie, der Geltung der Grundrechte, „lammartig“ (Jakob Augstein) Gefolgschaft leistet, und konstruieren eine Verschwörung „der Herrschenden“, die die Krise für den Abbau von Grundrechten benutzen. Immer wieder wird dann vor Ansätzen zu einer autoritären Entwicklung in Deutschland gewarnt, aber wenn zugleich Ministerpräsidenten die Schwerpunkte der Maßnahmen für ihre Länder vorstellen, werden sie von denselben Mahnern heftig

¹⁵ Jedenfalls erinnere ich mich an eine solche Formulierung von Otto Schily im Fernsehen. Diese ist sinnvoll und passt zur großen Linie der deutschen Nachkriegspolitik. Allerdings haben oftmals Teile der Baby-Boomer-Generation aufgrund ihrer besonders gut in öffentlichen Beschäftigungsverhältnissen abgesicherten Positionen die Bedeutung der Sicherheit als permanente Aufgabe von Politik auf allen gesellschaftlichen Ebenen (Daseinsfürsorge, Kriminalitätsbekämpfung, Verteidigungsfähigkeit nach außen) als der Freiheit entgegengesetzt betrachtet und aus dem Zentrum des politischen Diskurses verdrängt. Auch dadurch hatten Organisationen der Ränder ihr Thema gefunden.

gescholten, obwohl diese nur ihre Aufgaben wahrnehmen, für die sie ins Amt gewählt wurden, und die Vielstimmigkeit einer föderativen Demokratie lebendig halten. Schade, manche Publizisten in privilegierten Positionen, die Kritik als Beruf ausüben, ertragen es nicht, wenn Politik und Bevölkerung „zusammenrücken“ und wenn ein hohes Maß an gemeinsamer Einsicht in die Notwendigkeit auf beiden Seiten berechnete Hoffnungen erzeugt, die Not im Interesse von uns allen abzuwenden. Für ein Land, welches den Weg aus der Krise erfolgreich beschreiten will, ist jedoch eine demokratisch zu erzielende Einigkeit über die Richtung, die anzustreben ist, Teil der Strecke.